



## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

**Betreff:**

Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge

**Beratungsfolge:**

07.12.2023 Schulausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird gebeten in der Sitzung darzustellen, welche Recherchen der Krisenstab unternommen hat, um alternativ zu den bislang genannten städtischen Sporthallen andere Unterkunftsmöglichkeiten zu finden.

Die Verwaltung zeigt auf, an welchen perspektivischen Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge außerhalb von städtischen Sporthallen gearbeitet wird.

Die Verwaltung erläutert, wie und mit welchen Mitteln sie die jetzt durch die Belegung der Karl- Adam-Halle betroffenen Vereine und Schulen bei der Ausübung der verschiedenen Sportarten an möglichen Ersatzstandorten unterstützt.

## Kurzfassung

-Entfällt-

## Begründung

In der Sitzung des Rates am 2. November wurden die Ratsvertreter durch die Mitteilung des Ordnungsdezernenten Dr. Erpenbach vor vollendete Tatsachen gestellt:

„Da die Kapazitäten im Stadtzentrum bereits stark frequentiert sind, hat der Krisenstab überlegt, welche weiteren Kapazitäten geschaffen werden können und welche Auswirkungen bspw. die Belegung von Sporthallen hat. Hierbei sollen alle wichtigen Gesichtspunkte beachtet werden. Der Krisenstab hat die Karl-Adam-Halle ausgewählt, die derzeit vorbereitet und ab dem 20.11.2023 mit bis zu 150 Plätzen für Geflüchtete belegt werden kann. Die Verwaltung ist bemüht, für alle Nutzerinnen und Nutzer der Halle geeignete Alternativen zu finden. In der Folge schließen sich auch die Sporthalle an der Kapellenstraße in Boelerheide und an der Berchumer Straße in Halden mit ebenfalls jeweils 150 Plätzen an. (...) Der ausfallende Schulsport kann aufgrund des erforderlichen Transports der Schülerinnen und Schüler vermutlich nicht vollumfänglich kompensiert werden.“

Nach dieser Aussage sind – beginnend mit der Karl-Adam-Halle - lediglich Sporthallen ins Auge gefasst worden. Bei der von Herrn Dr. Erpenbach genannten hohen Zuweisungszahl an Flüchtlingen nach Hagen ist in Kürze mit der Belegung weiterer Hallen zu rechnen. Auch kann angenommen werden, dass sich die angespannte Flüchtlingssituation kurzfristig nicht ändern wird.

Sowohl den Vereinen als auch den Schulen, die in den vergangenen Jahren bei der Ausübung des Sports unter der Pandemie gelitten haben, ist aber eine weitere längerfristige Einschränkung nicht mehr zuzumuten. Daher ist es aus Sicht der SPD-Ratsfraktion dringend geboten, dass die Verwaltung ihr alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzt, um Flüchtlinge außerhalb von Sporthallen unterzubringen.

## Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

## Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

keine Auswirkungen (o)